

**Jens Hentschke (Newcastle)**

**Brasiliens Republikanisierung:  
Die Suche nach Alternativen  
in einem Prozess der “Amerikanisierung”**

**1. Brasiliens Grundprobleme 100 Jahre nach Aufhebung  
der Sklaverei und Errichtung der Republik.  
Einleitung und Problemstellung**

Die Jahrhundertjubiläen von Abolition der Sklaverei und Errichtung der Republik 1988/89 fielen mit der Annahme einer neuen, erstmals nicht weitgehend von ausländischen Vorbildern kopierten Verfassung, einem Referendum über präsidentielles oder parlamentarisches Regime und über Rückkehr zur Monarchie oder Beibehaltung der Republik sowie der Vorbereitung der ersten direkten Präsidentschaftswahlen in dreißig Jahren und der ersten solchen Wahl überhaupt unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts zusammen. Diese Verbindung von historischer Reflexion und aktueller Gestaltungsaufgabe bot Gelegenheit, das Verhältnis von politischer und sozialer Demokratie einerseits, Mythos oder Realität der so genannten “rassischen Demokratie” andererseits öffentlich zu diskutieren. Die Redemokratisierung war zugleich Teil eines *critical realignment* auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Mehr noch gewannen die Debatten bald eine globale Dimension: Zum einen eröffnete das Ende des Kalten Krieges neue Möglichkeiten der Konsolidierung der Demokratie, aber auch – ähnlich wie nach dem zweiten Weltkrieg (Bethell/Roxborough 1992) – Gefahren einer Marginalisierung der Region; zum anderen stellten die neoliberale Wende und supranationale Regionalisierung im Nordatlantik und Pazifik neue Herausforderungen an die südliche Hemisphäre.

Vier Grundprobleme lassen sich in diesen Diskussionen herauskristallisieren: Erstens wurde das Verhältnis von Modernisierung und Entwicklung, in der Terminologie von Manfred Mols einer “punktuellen Angleichung an das Leitbild entwickelter Gesellschaften” bzw. einem integralen und dynamischen, sich selbst tragenden Prozess, bei dem sich “im Saldo Anpassungen an die Partner und eigene Zielvorgaben” ausgleichen (Mols 1985: 66-67), immer wieder thematisiert.

Weder das bis 1930 vorherrschende Modell exportinduzierten Wachstums noch das Modell importsubstituierender Industrialisierung, durch das Brasilien erst zum "Schwellenland" wurde, noch die so genannte "assoziiert-abhängige" Entwicklung nach 1964 (Cardoso 1973: 159) waren ohne Dynamik. Singuläre Modernisierungen blieben jedoch vorherrschend gegenüber einem integralen Prozess von ökonomischem Wachstum und sozialem Wandel. Brasilien blieb, wie ganz Lateinamerika, um noch einmal Mols zu zitieren, eine "distributiv verzerrt[e] und damit auch partizipatorisch gehemmt[e] Gesellschaft" (Mols 1985: 70). Diese Verzerrtheit lässt sich sozial, ethnisch und regional orten. Ohne das, was João Goulart "Strukturreformen" nannte, allen voran eine Agrar- und Steuerreform sowie die Investition in *human capital*, wird Brasilien in einem *take-off*-Stadium verbleiben.

Zweitens fokussierten die Diskussionen auf das Verhältnis von wirtschaftlichem Fortschritt und politisch-sozialer Ordnung. Immer wieder überwog der Glaube an die größere Leistungsfähigkeit einer Entwicklungsdiktatur gegenüber der repräsentativen Demokratie, deren Institutionen unterentwickelt blieben. Brasilien gehört zu jenen Ländern, in denen sich in den letzten hundert Jahren, in der treffenden Terminologie Philip Schmitters, *democraturas* und *dictabrandas* periodisch abwechselten (Schmitter 1973: 184-185). Spätestens seit Beginn der Vargas-Ära, deren Ursprünge auf den Süd-Riograndenser Castilhismo und damit die Republikanisierung zurückreichen und deren strukturelle und zum Teil personelle Legate weit über 1954 andauerten,<sup>1</sup> wurden soziale Bürgerrechte politischen vorangestellt, aber zugleich reguliert. Fernando Henrique Cardoso hatte es zum Ziel seiner Präsidentschaft erklärt, diese Ära zu Ende zu führen (Levine 1999: 12). In der Tat hat sich, wie Leslie Bethell betont, nach der *democracia coroadada* des Kaiserreiches, oligarchischen Demokratie der Alten Republik, *democracia autoritária* des *Estado Novo*, populistischen Mittelschichtendemokratie der Nachkriegszeit, gelenkten Demokratie der Militärs und *democracia restrita* der *abertura* erst 1989/90 liberale Demokratie ohne Adjektive, Anführungszeichen oder Bedingungen durchgesetzt (Bethell 1992: 15). Auf der formal-institutionellen Ebene wurde diese mit dem *Impeachment* von Präsident

1 Diese zum Teil revisionistische These habe ich erstmals in meinem Vortrag auf dem Kongress der Society for Latin American Studies an der Universität Cambridge 1999 vertreten: Eine detaillierte Analyse befindet sich kurz vor der Veröffentlichung.

Collor de Mello und der Präsidentschaft Cardosos in einen Konsolidierungsprozess überführt. Allerdings wird sich dieser erst auf der Werteebene verankern und damit endgültig stabilisieren (Nohlen 1994: 22-23), wenn sich die repräsentative Demokratie mit einer signifikanten Erweiterung der politischen Bürgerrechte und – auf dieser Grundlage – einem ausreichenden Maß an sozialer Gerechtigkeit verbindet (Bethell 2000). Darin besteht die Herausforderung und Chance für Cardosos Nachfolger José Inácio “Lula” da Silva, und er ist sich dessen sehr wohl bewusst.<sup>2</sup> Scheitert er, könnte auch Brasilien das Abgleiten in neopopulistisch-semiautoritäre Lösungen wie in Venezuela oder Peru drohen (Panizza 2000).

Drittens hat während des vergangenen Jahrhunderts der Wechsel von *dictabrandas* zu *democraturas* kaum je entscheidend den *executivismo centralizante*, von dem Lúcia Lippi Oliveira spricht (Oliveira 1977: 83-84), beeinflusst. Selbst wenn Verfassungen von Dezentralisierung sprachen, wie 1891 und 1946, blieb in der Verfassungsrealität stets ein hoher Grad an Zentralisation erhalten. Genauer, so Vamireh Chacon, wurde Brasiliens politisches System stets zwischen den Polen eines Unitarismus und Munizipalismus zerrissen, während die intermediäre Ebene unterentwickelt blieb (Chacon 2001). Dies hat sowohl einer bürokratisch-autoritären Beherrschung Grenzen gesetzt, wie Francis Hagopian herausarbeitete (Hagopian 1996), aber auch eine wirksame Föderalisierung des Landes behindert. Auch die Verfassung von 1988 vermag nicht, die Machtteilung von Bundesregierung und den gleichermaßen als “föderalisierte Einheiten” bezeichneten Einzelstaaten und Munizipien effizient zu regeln (Chacon 2001: 43-44) und verhindert damit eine wirksame politische Dezentralisierung, die – etwa über den Bildungsbereich – zur Lösung regionaler Probleme und zur Konsolidierung der Demokratie beitragen könnte.

Viertens thematisierten die Diskussionen die Rolle Brasiliens im amerikanischen Kontext und die Auswirkungen supranationaler Integration auf seine Identitätsfindung. Zweifelsfrei hat sich der Mercosur als erfolgreiches Experiment einer Süd-Süd-Kooperation mit Ausrichtung auf einen globalisierten Weltmarkt erwiesen (Sangmeister 2001: 75ff.). Er komplettiert den nord- und zentralamerikanischen

---

2 Vgl. “Discurso do Sr Luiz Inácio Lula da Silva, Presidente eleito da República Federativa do Brasil no National Press Club – Washington, D.C, 10 de dezembro de 2002”, Internet-Publikation der Botschaft Brasiliens in Washington: <[http://www.brasilemb.org./lula\\_nationalpress.shtml](http://www.brasilemb.org./lula_nationalpress.shtml)> (Zugang 12.12.2002).

Integrationsprozess und entschärfte die historische Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien. Mehr noch versteht sich Brasília als Motor des Mercosur, regionale Führungsmacht und Mittler zu den USA. Der Verweis führender brasilianischer Diplomaten auf die "südamerikanische", nicht lateinamerikanische Identität ihres Landes beweist dies klar. Wie Präsident Lula jedoch erkennen lässt, besteht ein Spannungsverhältnis zwischen panamerikanischer Integration in Form einer Freihandelszone für die Amerikas und einer Integration ohne (und potentiell gegen) die USA, also einem neuen *latinoamericanismo*, fort. Lígia Chiappini Morães Leite verband jüngst die Integrations- und sich verändernde Identitätsfrage mit den Folgen mangelnder Entwicklung, geringer demokratischer Traditionen und dem Fehlen einer tatsächlichen Dezentralisierung:

es ist nicht möglich, an supranationale Integration zu denken und eine regionale Identität (wie im Falle des Mercosur) zu konstruieren, ohne die nationale Identität, die durch ihre ungelösten oder sich sogar weiter verschärfenden internen regionalen Fragen gebrochen ist, in Betracht zu ziehen. Ohne sich diesem Problem anzunehmen, werden wir im brasilianischen Falle von der Integration des Mangels, der Unwissenheit des Volkes, der Rückständigkeit der im *caudilhismo* befangenen Eliten, des Raubbaus an der Natur, der Gewalt und anderer Übel sprechen (Leite 2001: 91).

Alle diese Grundprobleme lassen sich, wie die Veranstalter der Konferenz betonen, bereits an der Schwelle zum 20. Jahrhundert orten, freilich in anderer historischer Konfiguration. Infolge tiefgreifender sozioökonomischer und politischer Transformationen zeigten die oligarchischen Systeme in unterschiedlicher Form und Intensität Krisenerscheinungen. Auch damals vollzog sich der Wandel in einem Prozess der Internationalisierung von Handel und Kapitalexpert nach dem Abschluss der Industriellen Revolution in Europa und zunehmend in den Vereinigten Staaten und geriet Lateinamerika in das Blickfeld der imperialistischen Politik der Großmächte. Wie heute wurde über das Verhältnis von wirtschaftlicher Modernisierung und sozialer Reform, Zentralismus oder Föderalismus, die Reichweite politischer Liberalisierung und Übernahme politischer Institutionen aus den entwickelten Staaten sowie über die Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren hemisphärischer Integration gestritten. Die brasilianische Republikanisierung stand am Anfang einer gesamtsubkontinentalen Umbruchsituation, die die Reformen Balmacedas in Chile (1886-1891), die nationalistische Politik Santos Zelayas in Nicaragua (1893-

1909), die Liberalenherrschaft Eloy Alfaro (1895-1901, 1905-1912) und Leonidas Plazas (1901-1905, 1912-1916) in Ecuador, die Venezuela-Krisen (1889-1895, 1902-1903) und ihre Folgen, die kubanische Unabhängigkeit (1895-1898), den Tausendtägigen Krieg in Kolumbien (1899-1902) und die Abtrennung Panamá (1903) sowie den Battlismo in Uruguay (1903-1907, 1911-1915) einschloss. In diesen Konflikten verquickten sich soziale und nationale Frage.

Im Folgenden möchte ich zunächst die Formierung der republikanischen Kräfte in Brasilien vor dem Hintergrund der politischen Krise von 1868, die wiederum eine kontinentale und internationale Dimension hatte, beleuchten. Die Suche nach Entwicklungsalternativen nahm hier ihren Anfang. Ich möchte ihr im zweiten Teil der Arbeit auf der Ebene der Modernisierungs-, Föderalisierungs-, Demokratie- und Integrationsfrage nachspüren und die These erhärten, dass es sich bei der Doppelzäsur von 1888/89 eher um eine intervenierende als eine unabhängige Variable des mit dem Paraguay-Krieg ausgelösten sozio-ökonomischen und politischen Transformationsprozesses handelte. Dies wurde erst nach der Machterlangung durch die Paulistaner 1894 und zum Teil erst nach der Jahrhundertwende sichtbar.

Der Argumentation Peres Costas ist beizupflichten: In der Tat erscheint

die republikanische Fahne [...] als Zusammenschluß so verschiedener sozialer Projekte, daß es nicht übertrieben wäre, von vielen miteinander konkurrierenden Republiken oder republikanischen Ideen zu sprechen (Costa 1985: 5).

Allzu oft sind dabei jedoch die externen Einflüsse und besonders der amerikanische Kontext übersehen worden. Mehr noch sind die Interaktionen zwischen den verschiedenen Revolutionen und Reformprozessen Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts wie auch an der Wende zum 20. Jahrhundert völlig unzureichend erforscht. Mein Beitrag kann daher auch nur eine erste Annäherung an die Problemstellung sein.

## **2. Die strukturellen Ursprünge der brasilianischen Republikanisierung oder: Paraguay-Krieg, Staatskrise und wachsender "amerikanischer Geist"**

Ausgangspunkt der Republikanisierung Brasiliens war ein äußeres Ereignis von kontinentaler Reichweite, der Paraguay-Krieg (1865-

1870). Er zeigte die Folgen extern induzierter Modernisierung, die kaum weiter als in das *Litoral* und die Bergbauzone reichte und sich in der unterentwickelten Infrastruktur widerspiegelte. Die Rückständigkeit offenbarte sich auch im Entwicklungsstand der Armee, der es – anders als der Kriegsmarine – nicht nur an genügend und gut ausgebildetem Personal und zeitgemäßer Technologie mangelte, sondern die zudem den Nepotismus und die Ineffizienz der konservativ-liberalen Parteienherrschaft als drückend empfand. Das Fehlen einer größeren stehenden Armee machte zugleich die Befreiung der Sklaven für den Militärdienst erforderlich und führte zur Veränderung der Einstellung der Offiziere zu den ehemaligen Negersklaven (Graham 1972: 23; Skidmore 1999: 58-63). Schließlich zeigte sich die Isolation Brasiliens in Lateinamerika und darüber hinaus. Das internationale Klima war abolitionistisch (Russland 1861, USA 1863, Ostkuba 1868) und republikanisch (Mexiko 1867, Frankreich 1870, Spanien 1873). Zudem waren die späten sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts von einem intellektuellen Aufbruch gekennzeichnet, der zu einer verstärkten Rezeption des portugiesischen Rationalismus *Eça de Queiróz*, der deutschen Philosophie Arthur Schopenhauers und Karl Robert von Hartmanns, der Entwicklungstheorien Charles Darwins, Ernst Haeckels und Herbert Spencers sowie des Verfassungsdenkens Walter Baguehots führte. Am nachhaltigsten wurde Brasilien jedoch von der positivistischen Philosophie Auguste Comtes beeinflusst, die bereits seit den fünfziger Jahren einen wachsenden Szientismus generiert hatte und nach dem Paraguay-Krieg auch immer mehr die Suche nach Lösungen für Brasiliens sozioökonomische und politische Probleme prägte. Ihr Gewicht rührte vor allem daher, dass sie zur Modernisierungsideologie jener jungen Offiziere wurde, die während des Paraguay-Krieges Zugang in die Armee fand (Bello 1966: 35, 39-41; C. Costa 1964: 82-175; Martins 1977: 310-311; Nachman 1977).

Die sich zuspitzenden Konflikte mündeten in die politische Krise des Jahres 1868, die der *Liga Progressista*, einer gemäßigt liberalen Regierung mit Beteiligung kompromissbereiter Konservativer, und damit einer fast fünfzehnjährigen stabilen Periode der *Conciliação* der monarchistischen Parteien ein Ende setzte (beginnend mit "Kabinett der Versöhnung" 1853-1857, danach zunehmend brüchigere Koalitionen). Kaiser Pedro II nutzte seinen *poder moderador* und ersetzte den liberalen Premier Zacarias Góis e Vasconcelos durch den konservativen Visconde de Itaboraí, der dann durch Manipulation seiner Partei

eine Mehrheit im Kongress sicherte. In seiner revisionistischen politischen Biographie des Monarchen bewies Roderick Barman, dass dieser weder die Inkarnation eines politischen und sozialen Konservatismus noch die Marionette der Großgrundbesitzeroligarchie war, sondern sehr wohl um die möglichen Konsequenzen seiner Intervention wusste. Pedro II ging es zum einen um die schnelle Beendigung des äußeren Krieges und zum anderen um eine präventive antiabolitionistische Gesetzgebung. Beides traute er den in sich zerstrittenen Liberalen nicht zu, und als auch Itaboraí in der Lösung der Sklavenfrage zögerte, tauschte er diesen durch den Visconde de Rio Branco aus, der dann, auch unter dem Einfluss der spanischen Gesetzgebung von 1870, das *Lei do Ventre Livre* dekretierte und damit den ersten Schritt gradueller Abolition tat (Barman 1999: 207-235). Mehr als viele seiner Minister hatte der Kaiser die Notwendigkeit wirtschaftlicher Modernisierung sowie einer Zivilisierung der Gesellschaft erkannt. Sie waren das Unterpfand für einen auch weiterhin geachteten Platz Brasiliens in der internationalen Gemeinschaft. Immerhin war es Argentinien's Bartolomé Mitre, der Brasilien eine "gekrönte Demokratie" genannt hatte. Für Venezuelas Präsident Roias Paul war es gar die einzige Demokratie Lateinamerikas, und Abraham Lincoln traute allein Brasilien einen unparteiischen Schiedsspruch in intrahemisphärischen Konflikten zu. In der Tat vermittelte Rio de Janeiro in den Streitigkeiten zwischen Briten und Franzosen nach dem Sezessionskrieg und zwischen den Kriegsparteien und ausländischen Mächten nach dem Pazifikkrieg.<sup>3</sup> Pedro II, der in Korrespondenz mit Gobineau stand (Barman 1999: 273), hatte Mitres Nachfolger Juan Domingo Sarmiento versichert, wie sehr er dessen politische Botschaft in *Facundo. Zivilisation und Barbarei* teilte (Burns 1993: 253), und wenigstens hier würden ihm selbst die positivistischen Militärs zustimmen. Er besaß auch keine Berührungspunkte mit der Dritten Französischen Republik, deren Premier Thiers er während einer Auslandsreise einen Besuch abstattete. Mehr noch war Pedro II der einzige Monarch, der 1876 zur Weltausstellung nach Philadelphia reiste, obgleich diese anlässlich des 100. Jahrestages der amerikanischen Unab-

---

3 Jorge, A. G. de Araújo: Introdução às Obras do Barão do Rio Branco. Rio de Janeiro 1945, S. 7-11, zitiert in: Internet-Publikation des Itamarati: "A Diplomacia Brasileira", Botschafter João Hermes Pereira de Araújo: "História da Diplomacia Brasileira: O Legado Colonial – A Monarquia", <[http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h\\_diplom/lc023.htm](http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h_diplom/lc023.htm)> (Zugang 03.10.2002).

hängigkeitsrevolution organisiert worden war (Barman 1999: 242, 275-280). Pedro II war kein aufgeklärter Monarch, der sich an die Spitze eines Innovationsprozesses stellte, aber er stemmte sich diesem auch nicht entgegen. Die Republik flößte ihm keine Angst ein; er nahm die republikanische Bewegung kaum ernst und durchbrach nicht die antiquierte Routine seiner Amtsführung (Barman 1991: 242-243). Wie Steven Topik verdeutlicht, verschleierten Pedros II wirtschaftsliberale Politik und die Fassade eines scheinbar perfekten repräsentativ-demokratischen Systems mit regulären Wahlen, an der Macht alternierenden politischen Parteien, verfassungsmäßig garantierten Rechten der Bürger und dem Fehlen von *pronunciamentos* ein im Wesen auf den Prinzipien von Hierarchie, Gewalt und Willkürherrschaft beruhendes System von Sklaven und Herren. Brasilien bot jenes zivilisierte Antlitz, das die Europäer und zunehmend Amerikaner zu Handel, Investitionen und der Vergabe von Anleihen ermutigte. Durch die dadurch finanzierbare Patronagepolitik gelang es dem Zentralstaat zwar, gewisse Toleranzräume für sich zu erschließen, seine Macht reichte jedoch nur begrenzt in das Landesinnere (Topik 2002: 118-123).

Die Institutionalisierung einer republikanischen Bewegung war das Produkt der Krise von 1868. Diese hatte zunächst, wie später auch in Chile und Argentinien, zur Abspaltung einer radikalen Partei von den Liberalen geführt (Martins 1977: 275). In Brasilien geriet der Radikalismus jedoch bald in den Bann eines mit dem Paraguay-Krieg beförderten "amerikanischen Geistes", der einen Wechsel der Regierungsform zu diktieren schien. Quintino Bocaiuva, Mitunterzeichner des Republikanischen Manifestes von 1870, hatte die USA während des Bürgerkrieges besucht und war zugleich ein Bewunderer Argentiniens (Bello 1966: 36; Martins 1977-78: 89), dessen Präsident Mitre 1862, just im Jahr der Machtergreifung der brasilianischen *Progressistas*, den Sieg über die Föderalisten errungen hatte. Wie sein Nachfolger Sarmiento strebte Mitre eine nationale Rekonstruktion an. Während jedoch die USA und Argentinien nach Sezessionskrieg bzw. Doppelherrschaft von Buenos Aires und "Föderalisten" (*caudillos* des Hinterlandes um den Gouverneur von Entre Rios Justo José de Urquiza), die Macht der Zentralregierung stärkten (Rock 1985: 122ff.; Fausot 1999: 122), setzten Brasiliens "historische Republikaner" auf weitreichende politische Dezentralisation.

In der Sklavenfrage blieb die Mehrheit der Republikaner konservativ. Das traf vor allem auf ihre mächtigste politische Kraft, den 1870 gegründeten und die Interessen einer verbürgerlichenden Fraktion des Großgrundbesitzes vertretenden *Partido Paulista Republicano* unter Führung von Bocaiuva, zu (Conrad 1972: 94-95). Dessen Erfahrung des amerikanischen Bürgerkrieges mag für diese Zögerlichkeit mitverantwortlich gewesen sein; unter allen Umständen wollten die Paulistaner eine dominikanische, nordamerikanische oder kubanische Lösung der Sklavenfrage verhindern<sup>4</sup> (Conrad 1972: 66-71, 184-185; 1983: 192-194). Zu wach waren die Erinnerungen an die Volksbewegungen der dreißiger und vierziger Jahre, die – mit Ausnahme der *Farroupilha* – der Kontrolle durch die regionalen Eliten entglitten waren (Graham 1990: 47-51). Im Sozialkonservatismus lag auch der Hauptunterschied zu den republikanischen *exaltados* der *Independência*. Wohl existierten diese auch in der Phase der Republikanisierung – Beispiele wären die Namen José do Patrocínio, Antônio da Silva Jardim, Anibal Falcão oder die Positivisten Rio de Janeiro –, sie wurden jedoch politisch marginalisiert. In der Provisorischen Regierung von 1889 vertrat sie allein der Führer des militärischen Flügels, Benjamin Constant. Eine Gleichsetzung von Republikanismus und sozialem Fortschritt und monarchistischen Parteien und *ancien régime* wäre zu schematisch. Das wichtigste sozialkritische Werk jener Zeit, Joaquim Nabucos *O Abolicionismo*, war von einem überzeugten Monarchisten verfasst worden (Nabuco 1977) und auch der als Stammvater des legalistischen Liberalismus der Alten Republik angesehene Rui Barbosa, ebenfalls ein glühender Abolitionist, blieb bis unmittelbar vor dem Regimewechsel von der Reformfähigkeit der Monarchie überzeugt (Martins 1979: 98, 540-541). Mehr noch stammen die wichtigsten Gesetze gradueller Abolition aus der Feder der Konservativen; beide Parteien unterschieden sich kaum nach ideologischen Doktrinen (Martins 1977-78: 88).

Ähnlich verbieten sich schematische Gleichstellungen zwischen Einstellungen zur Sklaven-, Staats- und Demokratiefrage. Sowohl Nabuco als auch Barbosa sahen die Monarchie durch die Flut demo-

---

4 Jorge, A. G. de Araújo: Introdução às Obras do Barão do Rio Branco. Rio de Janeiro 1945, S. 7-11, zitiert in: Internet-Publikation des Itamarati: "A Diplomacia Brasileira", Botschafter João Hermes Pereira de Araújo: "História da Diplomacia Brasileira: O Legado Colonial – A Monarquia", <[http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h\\_diplom/lc023.htm](http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h_diplom/lc023.htm)> (Zugang 03.10.2002).

kratischer Ideen, die sich als Begleiterscheinung der Industriellen Revolution und Europäischen Revolution von 1848 indirekt auch in Brasilien verbreitet hatten, gefährdet und verteidigten das britische parlamentarische System als Kunstwerk des politischen Liberalismus (Bello 1966: 4, 23). Das US-amerikanische Vorbild der moderaten Republikaner diente vielen eher zur Verschleierung einer oligarchisch verengten Republik. Radikale Positivisten orientierten ohnehin auf eine Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur, die zwar einem in der französischen Restaurationsphase entwickelten Staatsprojekt folgte, aber in seiner *Castilhistischen* Interpretation wohl am ehesten als Ausdruck eines Sonderweges angesehen werden kann. Sowohl die orthodoxen Positivisten des *Apostolado* (C. Costa 1966: 100) als auch *Castilhistas* (Pinto 1986) und später positivistisch beeinflusste *tenentes* (Silva 1972: 424-425) wehrten sich gegen die Extrapolation ausländischer Verfassungsmodelle, seien es der britische Parlamentarismus, der amerikanische Präsidentialismus oder nach 1917 das russische Rätssystem.

### 3. Die Suche nach Alternativen in einem sich verändernden amerikanischen Kontext (1870-1914)

#### 3.1 Die Modernisierungsfrage

Damit möchte ich auf die eingangs analysierten strukturellen Grundprobleme im Einzelnen zurückkommen. Zunächst zur Modernisierungsfrage: Zu Recht bescheinigt Topik Brasilien gerade wegen und nicht trotz seiner Weltmarktintegration einen dynamischen Modernisierungsprozess (Topik 2002: 122ff.). Hatte dieser bereits nach der Aufhebung des transatlantischen Negerhandels zaghaft begonnen, wirkte der Paraguay-Krieg (ähnlich wie der Krimkrieg) als Katalysator. Er kurbelte nicht nur die Exportwirtschaft an und sorgte für Investitionen in der Infrastruktur, sondern stimulierte auch die Industrieproduktion der Städte. 1881 organisierten sich Unternehmer in einer *Associação Industrial*, um die staatliche Stützung der Industrie einzufordern (E. Costa 2000: 217-220). Dieser Modernisierungsprozess vollzog sich auf dem "preußischen Weg" (Puhle 1992: 116, 123), wenn auch weit weniger dynamisch. Außerdem – und hier sieht Drescher einen Unterschied zu den USA – waren die am meisten von Industrialisierung, Infrastrukturentwicklung, Urbanisierung und Im-

migration profitierenden Gebiete Zentralbrasilien keineswegs die Avantgardisten der Sklavenbefreiung (Drescher 1988: 32-33). Die Sklaverei stellte selbst zum Zeitpunkt der Abolition keine unprofitable Institution dar; ihre Abschaffung war daher kein zwingendes ökonomisches Erfordernis, sondern gehorchte politischen Imperativen. Topik wehrt sich auch gegen die Kennzeichnung des monarchischen Staates als traditionsgebunden und vorkapitalistisch. Eher habe er in seiner Modernisierungspolitik zu wenig bürgerliche Verbündete gehabt und sich deshalb auf Patronage stützen müssen (Topik 2002: 126). Dessen letztendliches Versagen sieht Graham als Hauptgrund für die politische Implosion von 1889 an (Graham 1990: 266).

Leff zufolge lag das Haupthemmnis für dynamischen wirtschaftlichen Fortschritt vor allem in der geringen Aufnahmefähigkeit des einheimischen Marktes für Industriegüter (Leff 1982, Bd. 2: 87ff.). Anders als in den USA (Puhle 1994) und zum Teil den La-Plata Staaten, Kolumbien, Costa Rica und Guatemala<sup>5</sup> fehlte es in Brasilien – von der relativen Ausnahme der drei Südstaaten abgesehen – an einem freien Besitzbauerntum (Topik 2002: 125-126; Burns 1967: 93-94). Dieses mit einer Art *Homestead*-Gesetz (USA 1862) zu fördern, hätte einen tatsächlichen Entwicklungsprozess auslösen können. Joaquim Nabuco verband seine humanitäre Kritik an der Sklaverei mit einer ökonomischen und soziologischen Analyse. Danach war die Institution nicht nur ein Arbeitskräftesystem, sondern sterilisierte den Boden in einer extensiven Latifundienwirtschaft, bewahrte Armut und Unwissenheit auch der freien ländlichen Bevölkerung, ächtete manuelle Arbeit und erschwerte die Immigration und Entstehung eines Arbeitsmarktes, förderte eine auf schnellen Gewinn statt langfristige Investitionen orientierte Geisteshaltung der Sklavenhalter, begrenzte das Vordringen des Handels in das Landesinnere und behinderte die Entwicklung des Munizipiums und eines bürgerlichen Staates. Nabuco sah eine Synchronie zwischen Arbeit, Freiheit, Fortschritt und Nationwerdung (Nabuco 1977: 83-84, 97-138, 164-165). Wie Nabuco verband auch der Mulatte André Rebouças Abolitionismus und Agrarreform, wobei er – ähnlich wie heute – an Enteignung und Landumverteilung wie auch an marktkonforme Mechanismen, nämlich eine

---

5 Der spätere Präsident Campos Salles verglich bereits 1871 Brasilien mit Guatemala, wo die Sklaverei 1824 aufgehoben worden war. Die Landwirte des mittelamerikanischen Landes erzielten eine höhere Produktivität, da die Anwendung freier Arbeit billiger war (vgl. Gebara 1977: 138-139).

Landsteuer, die zum Verkauf von brachliegenden Teilen des Latifundiums führt, dachte (Fausto 1999: 128).

Alle Appelle waren vergeblich. Modernisierung, nicht Entwicklung, kennzeichnete die Reformpolitik der ausgehenden Monarchie wie jungen Republik. Anders als in den USA zerfiel die abolitionistische Bewegung; sie ermangelte der "Mittel politischer Reproduktion" in einem weitergehenden Reformprozess (Drescher 1988: 53-54). Ehemalige Negersklaven erhielten keinen Zugang zu Boden. Selbst die europäischen Einwanderer, die nach der Republikanisierung und Trennung von Kirche und Staat verstärkt angezogen wurden und zu einem *abranqueamento* der als minderwertig betrachteten Mischbevölkerung beitragen sollten, wurden zumeist als Pächter, nicht freie Farmer, angestellt, ein weiterer Unterschied zu den Vereinigten Staaten, aber nur graduell zu den südlichen Nachbarn (Rock 1985: 142-143, 161). Als Barbosa zum Finanzminister der republikanischen Regierung ernannt wurde, erkannte er sehr wohl die Enge der Ware-Geld-Beziehungen. Er wagte aber nicht, das Latifundium anzutasten, sondern nahm – mit verhängnisvollen Folgen (*Encilhamento*, das erst mit dem *funding loan* von 1898 gestoppt werden konnte und in der Folge zu einer orthodoxen Finanzpolitik führte) – zur Notenpresse Zuflucht. Der Versuch einer gesteuerten Inflation zur Dynamisierung der Wirtschaft scheiterte. Wiederum hatten die USA und in geringerem Maße auch Argentinien seit Mitres Präsidentschaft als Vorbild gedient, doch Brasiliens Voraussetzungen waren nicht vergleichbar: Weder hatte das Land eine zweite Industrielle Revolution erlebt, wie die Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkrieg, noch erreichten Immigration, Urbanisierung und Industrialisierung die Dimensionen des Modernisierungsprozesses am Río de La Plata, der allerdings 1890 ebenfalls in einem finanziellen Fiasko und zudem einer tiefen politischen Krise endete (Bello 1966: 73-76; Burns 1993: 167-168, 229; Rock 1985: 155-161). Als schließlich mit einer "historischen Verspätung" gegenüber der abolitionistischen und republikanischen Bewegung 1897 in Canudos erstmals eine bäuerliche Bewegung in Erscheinung trat, wenn auch noch im messianistischen Gewand, stand das neue Regime vor der Nagelprobe. Die *ocupantes* von Canudos kämpften noch nicht *um* den Boden, wie die heutige Landlosenbewegung (noch verhinderte die Rückzugsmöglichkeit in den inneren Kolonisationsfonds die Politisierung der Bewegung), aber doch *im Hinblick auf* Landerwerb (Facó 1965: 43). Das republikanische Regime aber sah

sich in einer Phase allgemeiner Instabilität einem Konflikt zwischen Zivilisation und Barbarei gegenüber. Es folgte dem Ruf der Großgrundbesitzer und Kirchenhierarchie und schlug die Bewegung nieder (Levine 1988). Demgegenüber fingen die USA den agrarischen Protest der Populisten, Ausdruck des Ringens um innerkapitalistische Alternativen, konstruktiv auf (Avery/Steinisch 1990: 101-102).

### 3.2 Die Frage der politischen Dezentralisierung

Zu einem weiteren Streitpunkt in den Debatten der letzten beiden Jahrzehnte der Monarchie wurde die exzessive Zentralisierung, die während der Krise von 1868 erstmals massiv kritisiert wurde. In der Folgezeit fragten sich selbst die weitsichtigsten Vertreter der unterlegenen Liberalen, wie Joaquim Nabuco und Rui Barbosa, ob der monarchistischen Regierungsform nicht besser gedient sei, wenn Brasilien föderalisiert werde. Nur so, glaubten sie, könnte ein Land von derart kontinentalen Ausmaßen und mit einer starken historischen Eigenentwicklung der einzelnen Provinzen effizient modernisiert werden. Bei Nabuco heißt es:

Die Provinzregierungen sollen völlig unabhängig von der Zentralregierung sein, soweit dies nicht der inneren und äußeren Verteidigung des Kaiserreiches, seiner Vertretung im Ausland, der Erhebung allgemeiner Steuern und den Institutionen, die die nationale Einheit garantieren und die verfassungsmäßigen Rechte der brasilianischen Bürger schützen, zuwiderläuft (E. Costa 2000: 221).

Wenigstens in diesem Punkt waren sich Nabuco, Barbosa und andere föderalistische Monarchisten mit den meisten Republikanern einig. So sprach sich der mächtige *Partido Republicano Paulista* klar für eine lose Föderation aus, sahen die Kaffeepflanzer des prosperierenden Paulistaner Westens doch ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen ihrer gewaltigen wirtschaftlichen Macht und ihrer Unterrepräsentation in den monarchistischen Institutionen, die nach wie vor von den Pflanzern der alten Kaffeeregionen des Paraíba-Tals und den Zuckerbaronen des Nordostens beherrscht wurden. Allein einzelstaatliche Autonomie konnte den neuen Eliten São Paulos die Garantie bieten, selbst über ihre Ressourcen zu verfügen statt dekadente Oligarchien zu alimentieren. Die Alternative zur Föderalisierung schien allein die Separation (E. Costa 2000: 220-226). Die positivistischen Republikaner des *Apostolado* und der Süd-Riograndenser republikani-

schen Partei traten gleichsam für eine lose Föderation ein, die von den Orthodoxen, Comte direkt folgend, auf der Basis moralischer Werte und Einstellungen (Costa 1964: 120, 158), von den *Castilhistas* hingegen eher machtpolitisch begründet wurde. Letztere suchten eine ultraföderalistische Position in Bezug auf die brasilianische Nation mit einer autoritären Zentralisation des Bundesstaates zu verbinden.

In der ausgehenden Dekade der Monarchie wurde die Frage der politischen Dezentralisierung intensiver diskutiert als die von den meisten Großgrundbesitzern längst akzeptierte Sklavenemanzipation und Republikanisierung. Ein föderales Projekt war nicht ohne Risiken und Probleme zu implementieren. Nach der formalen Unabhängigkeit war Brasilien nicht nur durch die Entwicklungen der Zentralamerikanischen Föderation, Großkolumbiens und der Konföderation am Río de La Plata, sondern auch durch föderale Projekte im eigenen Land, wie die "Äquatorkonföderation", deren Führer unter Berufung auf die Monroe-Doktrin die Unterstützung Washingtons gesucht hatten, gewarnt (E. Costa 2000: 220; Fausto 1999: 82). Der Erhalt der territorialen Integrität Brasiliens schien an eine Zentralisation gebunden. Die regionalen und zum Teil separatistischen Bewegungen der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts hatten in ihrer Überschneidung eine Herrschaftskrise signalisiert. Der *poder moderador* des Monarchen wirkte fortan als Ausgleichsmechanismus nicht nur zwischen den anderen drei Gewalten, sondern auch zwischen den in den verschiedenen Regionen dominierenden politischen Kräften. Anders als in den USA stellte die Sklaverei bis in die letzten anderthalb Jahrzehnte der Monarchie, als sich der interne Sklavenhandel intensivierte, keine trennende Institution dar. Im Gegenteil bildete das Interesse an ihrem Erhalt ein integrierendes Element zwischen den ansonsten gespaltenen Regionaloligarchien. Gleiches traf auf die Monarchie zu, solange sie ihrer Rolle als Stabilisator und liberales Feigenblatt des Sklavereisystems gerecht wurde (Hentschke 1994b). Daraus erwuchs die entscheidende Frage, wie bei einer formalen Föderalisierung nach dem Fall der Sklavenhaltermonarchie eine regionale Zersplitterung wie in Hispanoamerika verhindert werden konnte. Für Nabuco musste in Umbruchsituationen mit unklaren Hegemonieverhältnissen die Armee, die über den persönlichen Ambitionen der Politiker und Parteien stand, den *poder moderador* ersetzen, den Rückfall in die Barbarei verhindern und die Einheit der Nation aufrechterhalten (Martins 1979: 350-351). Wie real die Gefahr separatistischer Bewegungen auch noch

nach der Republikanisierung war, zeigte die Föderalistische Revolution Rio Grande do Sul 1893-1895, die schmerzhaften Erinnerungen an die *Farroupiha* wachrief (Hentschke 1994a). Wohl bewahrte die Diktatur des "eisernen Marschalls" Floriano Peixoto (1891-1894) die Einheit des Landes; fortan wurde jedoch die Fähigkeit der Armee zur apolitischen Herrschaft hinterfragt und der Militarismus als Grundübel der Politik gegeißelt, wie insbesondere Ruy Barbosas *Campanha Civilista* 1910 verdeutlichte.

Hinzu kamen, und hier möchte ich auf Chacon zurückkommen, historisch-strukturelle Schwierigkeiten mit einer Föderalisierung. Die Zentren politischer Macht hatten in Brasilien stets im Zentralstaat und auf der Lokalebene gelegen, und sowohl Unitarismus als auch Lokalismus hatten sich gegen eine intermediäre Ebene gesperrt. Anders als die Bourbonischen Reformen hatten die Pombalinischen nie zur Einrichtung eines Systems von *intendencias* und *audiencias* geführt und den mit den spanisch-amerikanischen *cabildos* nie vergleichbaren *câmaras* eine relative Eigenständigkeit gelassen, auch wenn es im portugiesischen Kolonialreich nie ein mit den USA vergleichbares *local self-government* gab, das Hauptargument der Befürworter des Zentralismus in Brasilien und anderswo in Spanisch-Amerika. Die durch die kaiserliche Verfassung von 1824 und Zusatzakte von 1834 installierten Provinzorgane wurden im Spannungsfeld von zentripetalen und zentrifugalen Kräften zerrissen. Die Krise von 1868 und der Einfluss der USA waren entscheidend für die Neubelebung der Diskussion um eine Föderalisierung Brasiliens, aber ihr führender Advokat, Aureliano Cândido Tavares Bastos, war dennoch darauf bedacht, eine die speziellen Bedingungen Brasiliens wahrende Lösung zu finden (Chacon 2001: 38-40).

Zu dieser kam es auch, sie widerspiegelte den Status quo in unverwechselbarer Weise. In den ersten fünf Jahren nach der Republikanisierung, vor allem unter der Regierung Floriano Peixotos, entstand ein hybrider Staat, in dem das vom Positivismus beeinflusste Militär in den Staaten intervenierte, um wirtschaftliche Entwicklung durchzusetzen. Um jedoch die südliche Peripherie zu befrieden, brauchte Peixoto die Regionaloligarchien, besonders São Paulo und dessen Staatstruppen, und musste im Gegenzug die Macht an einen Paulista abtreten (Hahner 1966). Die weitgehend von den USA kopierte Verfassung von 1891 verband Präsidentialismus und Föderalismus, obgleich letzterer in der "Politik der Gouverneure" erwartungsgemäß

in einen einzelstaatlichen Regionalismus und Klientelismus abglitt. Nicht demokratische Dezentralisierung, sondern die Dezentralisierung der Patronagepolitik war das Hauptanliegen der regionalen Machthaber. Genau dazu kam es unmittelbar nach der Republikanisierung: Staatsgouverneure erhielten das Recht, Jobs zu schaffen und zu besetzen sowie Gehälter zu fixieren. Der größte *patrão* blieb jedoch nach wie vor die Zentralregierung, weshalb es für die beiden mächtigsten Regionaloligarchien von São Paulo und Minas Gerais so wichtig war, diese Bastion zu monopolisieren und die anderen Staaten in einer hierarchischen Ordnung zu kooptieren (Graham 1990: 267-268). Aus diesem indirekten Zentralismus erwuchs dem Staat durchaus Autonomie, die sich – insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg – in fallweisen Interventionen, Nationalisierungen und der Verfassungsreform von 1926 ausdrückte.

### 3.3 Die Demokratisierungsfrage

Keine der drei Hauptkräfte der Republikanisierung – die verbürgerlichten Pflanzler des Paulistaner Westens, die städtischen Mittelschichten der Großstädte und die vom Geist der Militärakademie in Praia Vermelha geprägten Militärs – vertrat die Lösung einer repräsentativen Demokratie, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhte. In diesem Zusammenhang muss vor allem auf die Wahlreform von 1881 hingewiesen werden. Lange Zeit ist diese als ein Durchbruch zu mehr politischer Demokratie zelebriert worden. Das Verfassungssystem von 1824 band das der freien, männlichen und katholischen Bevölkerung im Alter von 25 (wenn verheiratet 21) Jahren gewährte indirektes Wahlrecht an einen Eigentumszensus. Dieser wurde 1881 zugunsten eines kombinierten Eigentums- und Bildungszensus in direkten Wahlen abgelöst. Ehemalige Sklaven, Einwanderer und Nichtkatholiken erhielten das Wahlrecht und das Wahlalter wurde auf 21 herabgesetzt. Graham gebührt das Verdienst, diese angeblich demokratische Errungenschaft näher hinterfragt zu haben. Danach ergibt sich ein ganz anderes Bild: Die Einführung des Bildungszensus bei einer analphabetischen Bevölkerung von 80-85% schloss ca. eine Million Wähler vom Wahlrecht aus. Wohl wuchs die Zahl der direkten Wähler nach 1881 auf das Sechsfache an, dies waren aber nicht mehr als 1% der Bevölkerung. Da der vorherige Eigentumszensus nur ein relativ geringes Jahreseinkommen für die Registrierung als *voteante*

forderte, waren bis dahin immerhin 10% der Bevölkerung wahlberechtigt. Wenn sich dies auch auf indirekte Wahlen bezog, war die Partizipationsrate also zehnmal höher als nach der Reform. Dies war kein Zufall. Die agrarischen Eliten des Kaiserreiches und *nouveaux riches* der Städte fürchteten die Folgen der heraufziehenden Abolition sowie der Entstehung einer wachsenden städtischen Arbeiterschaft (Graham 1990: 108-109, 182-206). Nach dem Sturz der Monarchie sprachen sich die Republikaner zwar mit "citoyen" an und grüßten sich mit "saúde e fraternidade" (Bello 1966: 66), aber 1892 bestätigte ein Gesetz den Kurs der Monarchie: Der Einkommenszensus fiel; die Analphabetenklausel, die bis über die *abertura* von 1985 in Kraft blieb, wurde als ausreichend angesehen, um die ungebildeten und "gefährlichen" Massen vom politischen Entscheidungsprozeß auszuschließen. Zahlreiche Politiker, auch der legalistische Liberale Barbosa glaubten, Gleichheit zerstöre Freiheit und Demokratie richte sich gegen das Individuum (Graham 1990: 185, 205).

Die Tatsache, dass Alphabetisierung zum Schlüssel für politische Partizipationsrechte geworden war, wirft die Frage auf, was die Eliten des ausgehenden Kaiserreiches und der jungen Republik taten, um die Bedingung ungleicher sozialer Bedingungen und natürlicher Veranlagungen, die Barbosa als Ursache für die Verweigerung politischer Rechte für die Masse der Bevölkerung heranzog, zu beheben. Für Barbosa selbst war der Ausschluss der Massen vom Wahlrecht eher ein temporäres Phänomen. Nur ein Jahr nach der Wahlrechtsänderung von 1881 hatte er bereits eine Bildungsreform vorgeschlagen, die auf eine fundamentale Verbesserung der Primarschul- und Berufsausbildung abzielte und sich auf die Erfahrungen der USA, Frankreichs und Deutschlands stützte. Diese wurde als Vorbedingung für eine Modernisierung des Landes und graduelle Diversifizierung seiner sozioökonomischen Basis betrachtet, blieb aber unverwirklicht (Johnson 1976).

Zwar hatten auch die Militärs die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Auge und maßen technischer und Berufsschulbildung große Bedeutung bei, aber die Reformen, die Bildungsminister Constant einführte, beschränkten sich auf die Installation weniger Grundschulen im damaligen Bundesdistrikt von Rio de Janeiro, die Einführung von Comtes Klassifikation der Wissenschaften am *Colégio Pedro II*, Brasiliens Modellgymnasium, und die Gründung eines *Pedagogium*, das für die Erarbeitung, Erörterung und Implementation von Bildungsreformen der Regierung mitverantwortlich zeichnen, Lehrer

in den neuesten pädagogischen Theorien und Methoden ausbilden und neue Lehrmittel entwickeln sollte<sup>6</sup> (Moacyr 1941: 61-63). Kaum eine dieser Reformen überlebte ihren Initiator, der 1891 starb. Mehr noch, der Stellenwert, den Bildungspolitik in der Alten Republik einnahm, zeigt sich auch darin, dass diese unter den Militärs lediglich als ministeriale Ergänzung des Post- und Telegraphenwesens fungierte und unter der *café-com-leite* Koalition überhaupt nicht mehr in den Rang eines Ministeriums erhoben wurde, sondern als *departamento* im Innenministerium verschwand (Johnson 1976: 253). Bildung lag in der Jurisdiktion der Staaten, und Verbesserungen des öffentlichen Schulwesens hingen von deren extrem ungleichen Ressourcen ab. Die Zentralregierung konnte zwar, wie auf der Interstaatlichen Konferenz zum Primarschulwesen 1921 Anstöße geben, Resultate aber blieben weitgehend aus (Nagle 1974: 138). Die regionalen Oligarchien der Alten Republik hatten kein Interesse an der Ausdehnung des Wahlrechts und damit politischer Staatsbürgerschaftsrechte. Statt in die Bildung ehemaliger Sklaven zu investieren, förderten sie die europäische Einwanderung. Aber auch im klassischen Einwanderungsstaat Rio Grande do Sul, der Bildung als Voraussetzung für die Überwindung von Rückständigkeit ansah und Grund- und Berufsausbildung unter die direkte Verantwortung des Staates stellte, blieben die Immigranten weitgehend sich selbst überlassen. Die Ausbildung ihrer Kinder hing von der Initiative der Kolonisten ab<sup>7</sup> (Fuchs 1992: 59). Während also in den USA und zum Teil Uruguay und Argentinien die Schule als Sozialisationsagent diente, erschwerte sie in Brasilien die Assimilation des Einwanderers. Es sollte bis 1946 dauern, bevor Brasilien das erste nationale Gesetz zum Primarschulwesen seit 1827 verabschiedete.

### 3.4 Die Frage der gesamtamerikanischen Integration

Der Wechsel der Regierungsform 1889 und die Ernennung Quintino Bocaiuva zum Außenminister der Provisorischen Regierung ratifizierte schließlich die mit dem Republikanischen Manifest von 1870

6 Arquivo Nacional do Brasil, AP 48, Caixa 23/Pasta 49, Paul Arboune Bastide: "A instrução na república", Zeitungsausschnitt aus *Jornal do Brasil*, 23.11.1941.

7 Bundesarchiv Koblenz, Deutsches Ausland-Institut, R 57/1367, Bericht "Die Deutschen in Südbrasilien" von Reinhard Maack, Anlage zu "vertraulichem" Schreiben der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, ohne Adressat, Berlin-Dahlem 02.09.1897.

eingeleitete "Amerikanisierung" der äußeren Beziehungen Brasiliens. Der Sturz der Monarchie fiel mit der Panamerikanischen Konferenz in Washington zusammen und erforderte eine Positionsbestimmung der jungen Republik im entstehenden interamerikanischen System. Argentinien verkündete angesichts der brasilianischen Republikanisierung gar einen öffentlichen Feiertag und hoffte, dass die fast vierzigjährigen Grenzverhandlungen um den Distrikt Palmas an der Grenze zwischen Paraná und Misiones, die im September 1889 gerade wieder in Gang gekommen waren, nun zügig zu Ende geführt werden konnten (Bello 1966: 66-68). Damit eröffnete sich für Brasilien die Alternative, entweder mit dem historischen Rivalen Argentinien für einen stärkeren *latinoamericanismo* in den hemisphärischen Beziehungen einzutreten oder gemeinsam mit den USA in der panamerikanischen Bewegung aktiv zu werden. Bocaiuva begründete hingegen eine Tradition, Süd-Süd-Kooperation und interamerikanische Zusammenarbeit als komplementär zu verstehen und damit Brasilien größere Spielräume in der Außenpolitik zu verschaffen, auch wenn diese Orientierung keineswegs konfliktlos durchzusetzen war. Die Provisorische Regierung bekräftigte von Anbeginn ihr Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu den USA (*Papers* 1892: 17), und Brasilien gehörte zu den Nationen südlich des Rio Grande, die, den Empfehlungen des Panamerikanischen Kongresses von 1889 folgend, einen Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten unterzeichneten. Letztere wurden ihrerseits im Januar 1890 zur ersten nichtlateinamerikanischen Macht, die Brasiliens neue Regierung diplomatisch anerkannte (*Papers* 1890: IX, 61, 63; Burns 1993: 235). Drei Jahre später paralyisierten die USA unter Berufung auf die Monroe-Doktrin eine konterrevolutionäre Revolte der Marine im Hafen von Rio de Janeiro und trugen damit zur Stabilisierung des republikanischen Regimes bei (Bandeira 1978: 142-145; Thompson 1934: 163-179; *Papers* 1894: 63). Die Restauration der Monarchie hätte auch den politischen Einfluss Großbritanniens wiederhergestellt, das – trotz seiner bis Ende des Ersten Weltkrieges andauernden Bedeutung im Außenhandel, bei Investitionen und Anleihen – langfristig zum eigentlichen Verlierer der brasilianischen Republikanisierung wurde. Die amerikanische Einmischung in Brasilien steht neben der erfolgreichen Diplomatie in der ersten Venezuela-Krise und dem Ersatz des britischen Protektorats im Osten Nikaraguas für eine gleich dreifache erfolgreiche Herausforderung Londons durch die neue hemisphärische Großmacht und trug

damit zur Konsolidierung jenes imperialistischen Kurses bei, der sich dann im Spanisch-Amerikanischen Krieg und bei der Panama-Kanal-Frage deutlich manifestierte (LaFeber 1993: 121-126).

Es verwundert wenig, dass gerade ehemalige oder standfeste Monarchisten wie Barbosa bzw. Nabuco und Eduardo Prado die Regierung Floriano Peixoto der diktatorischen Machtausübung gegen achtbare Landsleute, die nur eine andere Republik anstrebten (Barbosa 1949a: 6-8; 1949b: 153-156), der Hinnahme einer Verletzung der Souveränität Brasiliens und Offenbarung seiner Schwäche<sup>8</sup> (Nabuco 1896) sowie der generellen Nachahmung der USA als Hochburg einer grausamen und expansiven industriellen Plutokratie (Prado o.J.; Skidmore 1975) anklagten. In Prados konservativ-nationalistischer und direkt gegen die USA und ihren angeblich verderblichen Einfluss gerichteten Kapitalismuskritik war

das Bündnis von Kirche und Kaiserreich mit den unglücklichen Massen im Kampf gegen die gewinnstüchtige Bourgeoisie, die sich republikanisch oder wenigstens demokratisch nennt, [...] das bedeutendste Ereignis des ausgehenden Jahrhunderts (Prado o.J.: 195).

Barbosa äußerte sich nur wenig moderater; auch er prangerte die ungleichen Handelsverträge mit den USA an (Bandeira 1978: 146, 149-150) und betrachtete das amerikanische Verfassungssystem, das die Konstituente unter maßgeblicher Federführung Barbosas weitgehend kopiert hatte, keineswegs als ideal<sup>9</sup> (Barbosa 1921: 162). Daher war

---

8 Es verwundert nicht, dass Nabuco auch an den Entwicklungen in Chile interessiert war, wo ein liberaler Reformprozess ebenfalls in den Sog internationaler Interessen geraten war. Verwunderlich ist allenfalls, wie wenig Beachtung Nabucos Analyse der Präsidentschaft Balmacedas in der Historiographie gefunden hat (vgl. Nabuco 1895). Wie Martins betont, waren sowohl Nabucos *Balmaceda* als auch Rui Barbosas zeitgleich erschienene *Cartas de Inglaterra* (Barbosa 1896) Gleichnisse. Es handelte sich um Bücher "über Brasilien und für Brasilien" (Martins 1979: 539). Nabucos scharfe Kritik an Balmaceda ist wenig objektiv und analysiert kaum den Kontext, indem sich dessen Verteidigung des präsidentialistischen Systems vollzog; offenbar verglich er ihn mit Peixoto.

9 Für Barbosa stellte das amerikanische Modell nur "eine Variante der britischen Verfassung" dar; es ließ sich ob seines Föderalismus am ehesten mit der territorialen Ausdehnung Brasiliens vereinbaren. Außerdem bewunderte Barbosa die Unabhängigkeit der amerikanischen Judikative bei der Interpretation des Gesetzes. Ansonsten unterzog auch er, wie Prado, die amerikanischen Institutionen einer schonungslosen Kritik (Martins 1979: 541). In zwei Zeitungsartikeln aus dem Jahre 1899 ging Barbosa noch weiter und bezeichnete die Monroe-Doktrin als Instrument imperialistischer Politik (Martins 1977-78: 81-82). Nabuco äußerte sich

für ihn die Lektüre von Prados in Brasilien wie Portugal verbotenen Buches lehrreich und empfehlenswert (Martins 1979: 541-542).

Die amerikanische Intervention ohne Intervention belastete auch die Beziehungen zu Buenos Aires und Montevideo, die den revoltierenden Marineoffizieren Asyl gewährten und deren Einmischung in die Föderalistische Revolution Rio Grande do Sul bis Anfang 1895 tolerierten (Hentschke 1994a). Die Befriedung des brasilianischen Südstaates zugunsten von *Castilhistas* und brasilianischer Zentralregierung fiel mit einem Schiedsspruch Präsident Cleveland im argentinisch-brasilianischen Grenzdisput 1895 zugunsten Rio de Janeiros und einer erfolgreichen Abwehr einer kurzen Besetzung der Insel Trindade durch die Briten zusammen (Burns 1993: 276; Bello 1966: 147).

Diese Entwicklungen zementierten zweifelsfrei die Achse Rio–Washington. Im spanisch-amerikanischen Krieg unterstützte Brasilien die USA und in der zweiten Venezuela-Krise praktizierte der neue Außenminister Rio Branco (1902-1912), Theodor Roosevelt folgend, eine Politik der Nichteinmischung.<sup>10</sup> Anders Argentinien, das mit der Drago-Doktrin seinen Anspruch auf eine regionale Führungsrolle anmeldete, aber mit seinem Versuch einer Multilateralisierung der Monroe-Doktrin ebenso erfolglos blieb (Schoultz 1999: 180-181, 193-195) wie Uruguay während der interamerikanischen Konferenz von 1923 (Halperin-Donghi 1991: 329-330). Brasilien brachte seine eigenen Machtansprüche sehr viel subtiler ins Spiel. Nabuco, der unter der Rodrigues Alves Administration, die eine Versöhnung mit Monarchisten anstrebte, 1905 zum ersten brasilianischen Diplomaten im Rang eines Botschafters in Washington ernannt wurde (Barman 1999: 403), war zum erklärten Anhänger des Panamerikanismus geworden und verteidigte die Monroe-Doktrin auch in der Interpretation des Roosevelt *Corollarys*.<sup>11</sup> Mehr noch scheint es, dass in Brasilien wortgewaltig-

---

kurz nach der Republikanisierung Brasiliens noch ähnlich kritisch über die USA; er prangerte vor allem das rassistisch geprägte Überlegenheitsgefühl des Amerikaners gegenüber seinem mexikanischen oder kubanischen Nachbarn an (Martins 1977-78: 145-146).

10 Vgl. Internet-Publikation des Itamarati: “A Diplomacia Brasileira”, Mônica Hirst: “História da Diplomacia Brasileira: A República Velha”, <[http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h\\_diplom/rv020.htm](http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h_diplom/rv020.htm)> und <.../rv023.html> (Zugang 03.10.2002).

11 *Ibid.*, <[http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h\\_diplom/rv023.htm](http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h_diplom/rv023.htm)>.

ge Verfechter eines politischen Antiimperialismus oder wenigstens eines kulturellen Lateinamerikanismus, wie José Martí bzw. Rubén Dario, José de Vasconcelos oder José Enrique Rodó, fehlten. All dies trug zur Festigung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien bei. 1905 wurde die Gesandtschaft in Rio zur ersten Botschaft der USA in Lateinamerika erhoben, und 1906 durfte Brasilien eine Interamerikanischen Konferenz ausrichten und *Secretary of State* Elihu Root offiziell empfangen (Burns 1993: 283; Schoultz 1999: 193).

Die brasilianische Regierung verlor die Beziehungen zu Argentinien (und anderen lateinamerikanischen Nationen) jedoch trotz Friktionen über Handelsrestriktionen, Dispute in der Einwanderungspolitik und vor allem die Modernisierung der Armee nie aus dem Auge. Immer wieder waren es Anhänger einer Aussöhnung wie Bocaiuva oder Mitre, die in der Anfangsphase der Republik für die Beilegung von Konflikten und verstärkte Kooperation eintraten.<sup>12</sup> Dieser Kurs führte 1899 und 1900 zu gegenseitigen Staatsbesuchen der Präsidenten Campos Salles bzw. Júlio Roca (Burns 1993: 281-282; Bello 1966: 171). Als Ausdruck unterschwelliger Rivalität buhlten beide Länder zudem um die Einbeziehung Chiles (Bello 1966: 67) und damit die Formierung einer losen politischen Allianz, die natürlich nicht als funktionales Äquivalent des Mercosur dargestellt werden sollte, gleichwohl aber als Vorläufer einer Zusammenarbeit im Cono Sur interpretiert werden kann. 1903 erkannten dieser ABC-Block und Mexiko die Unabhängigkeit Panamás gemeinsam an, und 1914 bemühten sich die drei Länder gemeinsam um Vermittlung in der Mexikanischen Revolution (Herzog 1969: 334-335). 1915 wurde selbst Uruguay in einen Vertrag einbezogen, der zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte beitragen sollte und eine diplomatische Unabhängigkeitserklärung darstellte.<sup>13</sup> Auf der zweiten Friedenskonferenz von Den Haag 1907 trat der brasilianische Vertreter Rui Barbosa dann auch für einen permanenten Sitz Lateinamerikas am Internationalen Gerichtshof ein, und er verstand es als selbstverständlich, dass dieser Brasilien gehören sollte (Burns 1993: 282; Martins 1977-78: 334-336).

---

12 *Ibid.*, <[http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h\\_diplom/rv020.htm](http://www.mre.gov.br/acs/diplomacia/portg/h_diplom/rv020.htm)>.

13 *Ibid.*

Rio Branco war darauf bedacht, bei den USA nicht den Eindruck einer gegen sie gerichteten Allianz zu erwecken, wusste aber sehr wohl, dass die ABC-Kooperation Brasilien Spielräume eröffnete. Wurden während der Marinerevolte und Föderalistischen Revolution auch in der Außenpolitik noch vehement Alternativen ausgefochten, gelang es Rio Branco, in der Tradition Bocaiuvas stehend, einen Konsens herzustellen, der seine zehnjährige Amtszeit (1902-1912) sowie Mitres (1906) und Bocaiuvas Tod (1912) überleben sollte. Schon unter Rio Brancos unmittelbarem Nachfolger Lauro Müller wirkte niemand geringeres als die Ex-Präsidenten Brasiliens und Argentiniens, Campos Salles bzw. Júlio Roca, als Botschafter im jeweiligen Nachbarland, um somit die Fortsetzung des Aussöhnungsprozesses zwischen den historischen Rivalen zu garantieren (Bello 1966: 228). Bis heute werden in der brasilianischen Außenpolitik die Beziehungen zu Washington und den Partnern am La Plata als komplementär angesehen.

Kontinuitäten zeigten sich jedoch auch in Bezug auf die von Leite für die gegenwärtige Situation hervorgehobenen Trugbilder und rivalisierenden Identitäten. Wie das Kaiserreich zuvor bot Brasilien der Welt das Bild einer liberalen, geeinten, überparteilich handelnden Nation. Barbosa trat in Den Haag für nichts anderes ein als die Freiheit und Gleichheit aller Nationen. Der gleiche Rui Barbosa hatte an der Schwelle der Republik alle Dokumente, die sich auf die Sklaverei bezogen, vernichtet und mit dieser Amnesie die Grundlage für den sehr viel später entwickelten Mythos einer "Rassendemokratie" gelegt. Aber nicht nur die Geschichtsbücher sollten "geweißt" werden, sondern die schwarze Bevölkerung selbst. Auch die Monarchie wurde der Vergessenheit preisgegeben oder, wie in der anonym erschienenen Schrift *O Antigo Regimen*, "engstirnig, unbegründet und selbst nachweisbar falsch" porträtiert (Barman 1999: 400). Erst ein Jahrzehnt nach der Republikanisierung gelangte der monarchistische Abolitionist Nabuco wieder zu Rang und Namen. Das Land, das sich international zu Gleichheit bekannte, war sozial, ethnisch und regional zutiefst hierarchisch strukturiert und mehr mit Kontrolle, Ordnung und Sicherheit als mit Freiheit und individueller Selbstverwirklichung befasst. Die Kooperation zwischen Argentinien, Brasilien und Uruguay schloss auch einen regionalen Polizeipakt gegen "Diebe, Verbrecher und Anarchisten" ein, der 1906 begründet wurde (Koval 1967: 4). Das äußere Bild einer modernen Zivilisation, das Rodrigues Alves

mit der Rekonstruktion des Schaufensters Rio de Janeiro schuf (Skidmore 1999: 76-77), verschleierte nach wie vor eine autoritäre soziale Ordnung. Erst nach dem Ersten Weltkrieg und anlässlich der Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit würde eine neue Generation von Brasilianern, "Modernisten", die Souveränität besitzen, sich der Vergangenheit der Sklavenhaltermonarchie zu stellen und sie – wenigstens dem Anspruch nach – in die Gestaltung einer multiethnischen und bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einzubeziehen. In der Realität blieben jedoch Trugbilder und Mythen in großem Maße bestimmend.

#### **4. Fazit: Brasiliens Republikanisierung als Ausdruck konservativer Modernisierung**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die brasilianische Republikanisierung ebenso wenig wie die Unabhängigkeit und die Zäsur von 1930 (oder gar die von 1964) eine Revolution darstellte. Alle diese Zäsuren folgten dem Muster einer Mischung aus Verschwörung, Militärputsch und Reform "von oben". Sie alle waren von Kontinuität im Wandel gekennzeichnet und begründeten bzw. zementierten, was Barrington Moore "eine konservative Modernisierung" genannt hat (Moore 1967). Anders als in Lipsets Vereinfachung führte mehr sozioökonomische Entwicklung nicht automatisch zu mehr Demokratisierung, wie schon O'Donnell kritisierte (O'Donnell 1973: 1-8). Im Gegenteil vollzog sich Modernisierung in Brasilien um den Preis des Verzichts auf grundlegende Demokratisierung, so dass Bella Jozefs Umkehrung Lipsets durchaus Sinn macht: "Unsere Hoffnung wurzelt in der Konsolidierung der politischen Demokratie, die sozioökonomische Entwicklung mit sich bringt" (Jozef 2001: 31).

#### **Literaturverzeichnis**

- Avery, Donald H./Steinisch, Irmgard (1990): "Industrialisierung, Urbanisierung und politischer Wandel der Gesellschaft, 1877-1914", in: Adams, Willi Paul/Czempiel, Ernst-Otto/Ostendorf, Berndt et al. (Hrsg.): *Länderbericht USA. Gesellschaft, Außenpolitik, Kultur-Religion-Erziehung*, 2 Bde., Bd. 1, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 88-114.
- Bandeira, Moniz (1978): *Presença dos Estados Unidos no Brasil (dois séculos de história)*, 2. Aufl., Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.
- Barbosa, Rui (1896): *Cartas de Inglaterra*, Rio de Janeiro: Leuzinger.

- Barbosa, Rui (1921): "As origens republicanas (21.03.1889)", in: Barbosa, Ruy: *Queda do Império. Diário de Notícias*, 2 Bde., Bd. 1, Rio de Janeiro: A. J. Castilho, S. 159-169.
- Barbosa, Rui (1949a): "A delegação riograndense", in: *Obras Completas de Ruy Barbosa*, Bd. 20.3, Rio de Janeiro: MEC, S. 3-8.
- Barbosa, Rui (1949b): "Invasão, restauração, separatismo", in: *Obras Completas de Ruy Barbosa*, Bd. 20.3, Rio de Janeiro: MEC, S. 149-156.
- Barman, Roderick J. (1999): *Citizen Emperor. Pedro II and the Making of Brazil, 1825-91*, Stanford, Cal.: Stanford University Press.
- Bello, José Maria (1966): *A History of Modern Brazil, 1889-1964*. Stanford: Stanford UP.
- Bethell, Leslie (1992): *On Democracy in Brazil Past and Present*, London: ILAS.
- Bethell, Leslie (2000): "Politics in Brazil: From Elections without Democracy to Democracy without Citizenship", in: *Daedalus*, 129, 2, S. 1-27.
- Bethell, Leslie/Roxborough, Ian (Hrsg.) (1992): *Latin America between the Second World War and the Cold War*, Cambridge/New York: Cambridge UP.
- Burns, E. Bradford (1967): *A Documentary History of Brazil*, New York: Knopf.
- Burns, E. Bradford (1993): *A History of Brazil*, 3. Aufl., New York: Columbia UP.
- Cardoso, Fernando Henrique (1973): "Associated-Dependent Development: Theoretical and Practical Implications", in: Stepan, Alfred C. (Hrsg.): *Authoritarian Brazil. Origins, Policies, and Future*, New Haven/London: Yale UP.
- Chacon, Vamireh (2001): "Federalismo no Brasil: Balanço de Poderes e Idéias", in: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): *Brasil. Modernização e Globalização*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 35-46.
- Conrad, Robert (1972): *The Destruction of Brazilian Slavery, 1850-1888*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Conrad, Robert (1983): *Children of God's Fire. A Documentary History of Black Slavery in Brazil*, Princeton: Princeton UP.
- Costa, Cruz (1964): *A History of Ideas in Brazil. The Development of Philosophy in Brazil and the Evolution of National History*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Costa, Emília Viotti da (2000): *The Brazilian Empire. Myths and Histories*, 2. überarb. Aufl., Chapel Hill/London: University of North Carolina Press.
- Costa, W. Peres (1985): *Notas preliminares sobre o jacobinismo brasileiro*, Campinas: IFCH UNICAMP (Cadernos IFCH Nr. 16)
- Drescher, Seymour (1988): "Brazilian Abolition in Comparative Perspective", in: Scott, Rebecca/Drescher, Seymour/Castro, Hebe Mattos de et al. (Hrsg.): *The Abolition of Slavery and the Aftermath of Emancipation in Brazil*, Durham/London: Duke UP, S. 23-54.

- Facó, Rui (1965): *Cangaceiros e fanáticos*, 2. Aufl., Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.
- Fausto, Boris (1999): *A Concise History of Brazil*, Cambridge: Cambridge UP.
- Fuchs, Carlitos Kurdt (1992): “A luta dos trabalhadores pela escola pública em São Leopoldo”, Magisterarbeit in Pädagogik, Universidade Federal do Rio Grande do Sul.
- Gebara, Ademir (1977): “O fazendeiro de escravos na cidade que cresce”, in: *Anais de História*, 11.
- Graham, Richard (1972): *Britain and the Onset of Modernization in Brazil (1850-1914)*, London: Cambridge UP.
- (1990): *Patronage and Politics in Nineteenth-Century Brazil*, Stanford: Stanford UP.
- Hagopian, Frances (1996): *Traditional Politics and Regime Change in Brazil*, New York: CUP.
- Hahner, June Edith (1966): “Officers and Civilians in Brazil, 1889-1898”, Dissertation, Cornell University.
- Halperin Donghi, Tulio (1991): *Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hentschke, Jens R. (1994a): “Der Bürgerkrieg von 1893-1895 – Brennspiegel der Widersprüche bei der Republikanisierung Brasiliens”, in: Schelsky, Detlev/Zoller, Rüdiger (Hrsg.): *Brasilien. Die Unordnung des Fortschritts*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 83-126.
- Hentschke, Jens R. (1994b): “Sklavenfrage und Staatsfrage im Brasilien des 19. Jahrhunderts”, in: Zoller, Rüdiger (Hrsg.): *Amerikaner wider Willen. Beiträge zur Sklaverei in Lateinamerika und ihren Folgen*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 231-261.
- Herzog, Jesús Silva (1969): *Breve Historia de la Revolución Mexicana*, Habana: Ciencias Sociales.
- Johnson, Phil Brian (1976): “Rui Barbosa e a reforma de ensino de 1882. Recordações e repercussões (Parte 1), 1882-1930”, in: *Revista do Instituto Histórico-Geográfico Brasileiro*, Nr. 312, S. 241-262.
- Jozef, Bella (2001): “Formação da Cultura Brasileira”, in: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): *Brasil. Modernização e Globalização*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 13-34.
- Koval, Boris (1967): “Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und das lateinamerikanische Proletariat”, in: *Lateinamerika*, 3, 2, S. 5-14.
- LaFeber, Walter (1993): *The Cambridge History of American Foreign Relations*, Bd. 2, Cambridge: CUP.
- Leff, Nathaniel H. (1982): *Underdevelopment and Development in Brazil. Vol 2: Reassessing the Obstacles of Economic Development*, London/Boston/Sydney: Allen & Unwin.
- Leite, Lígia Chiappini Morães (2001): “Identidade Nacional, Questão Regional e Cultura”, in: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): *Brasil. Modernização e Globalização*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 91-105.

- Levine, Robert M. (1988): "The Abolition of Slavery and the Aftermath of Emancipation in Brazil", in: Scott, Rebecca/Drescher, Seymour/Castro, Hebe Mattos de et al. (Hrsg.): *The Abolition of Slavery and the Aftermath of Emancipation in Brazil*, Durham/London: Duke UP, S. 119-166.
- Levine, Robert M. (1999): *Father of the Poor? Vargas and his Era*, Cambridge: Cambridge UP.
- Martins, Wilson (1977): *História da Inteligência Brasileira*, Bd. 3 (1855-1877), São Paulo: Cultrix/USP.
- Martins, Wilson (1977-78): *História da Inteligência Brasileira*, Bd. 5 (1897-1914), São Paulo: Cultrix/USP.
- Martins, Wilson (1979): *História da Inteligência Brasileira*, Bd. 4 (1877-1896), 2. Aufl., São Paulo: Cultrix.
- Moacyr, Primitivo (1941): *A instrução e a república*, 7 Bde., Bd. 1, Rio de Janeiro: Imprensa Nacional, S. 61-63.
- Mols, Manfred (1985): *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer.
- Moore, Barrington (1967): *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. London: Allen Lane The Penguin.
- Nabuco, Joaquim (1895): *Balmaceda*, Rio de Janeiro: Leuzinger.
- Nabuco, Joaquim (1896): *A intervenção estrangeira durante a revolta: a intimação das potências, o controle naval na Bahia do Rio, a ação do almirante Benthham, o asylo a bordo das corvetas portuguesas*, Rio de Janeiro: Leuzinger.
- Nabuco, Joaquim (1977): *Abolitionism. The Brazilian Antislavery Struggle*, Urbana/Chicago/London: University of Illinois Press.
- Nachman, Robert G. (1977): "Positivism, Modernization and Middle Class in Brazil", in: *Hispanic American Historical Review*, 57, 1, S. 1-23.
- Nagle, Jorge (1974): *Educação e sociedade na Primeira República*, São Paulo: Ed. Pedagógica e Universitária.
- Nohlen, Dieter (1994): "Lateinamerika zwischen Diktatur und Demokratie", in: Junker, Detlef/Nohlen, Dieter/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): *Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts*, München: Beck.
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism. Studies in South American Politics*, Berkeley: Institute of International Studies, University of California.
- Oliveira, Lúcia Lippi (1977): "A tendência à centralização e o fenômeno do autoritarismo no Brasil", in: *Dados*, Nr. 15, S. 83-99.
- Panizza, Francisco (Hrsg.) (2000): *Old and New Populism in Latin America*, Special Issue of *Bulletin of Latin American Research*, 19, 2.
- Papers* (1890) relating to the Foreign Relations of the United States transmitted to the Congress with the Annual Message of the President, Washington: GPO.

- Papers* (1892) relating to the Foreign Relations of the United States transmitted to the Congress with the Annual Message of the President, Washington: GPO.
- Papers* (1894) relating to the Foreign Relations of the United States transmitted to the Congress with the Annual Message of the President, Washington: GPO.
- Pinto, Celi Regina J. (1986): *Positivismo. Um projeto político alternativo (RS: 1889-1930)*, Porto Alegre: L & PM.
- Prado, Eduardo (o.J.): *La ilusión yanqui*, Madrid: América/Sociedad General Española de Libr.
- Puhle, Hans-Jürgen (1992): "Lateinamerika: Probleme des Übergangs von der Agrarwirtschaft zum modernen Industriestaat", in: Krakau, Knud (Hrsg.): *Lateinamerika und Nordamerika. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im historischen Vergleich*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Puhle, Hans Jürgen (1994): "Unabhängigkeit, Staatenbildung und gesellschaftliche Entwicklung in Nord- und Südamerika", in: Junker, Detlef/Nohlen, Dieter/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): *Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts*, München: Beck.
- Rock, David (1985): *Argentina 1516-1982. From Spanish Colonization to the Falklands War*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Sangmeister, Hartmut (2001): "O Mercosul no Caminho do Mercado Mundial", in: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): *Brasil. Modernização e Globalização*, Frankfurt/Main: Vervuert, S. 75-90.
- Schmitter, Philippe C. (1973): "The 'Portugalization' of Brazil?", in: Stepan, Alfred C. (Hrsg.): *Authoritarian Brazil. Origins, Policies, and Future*, New Haven/London: Yale UP.
- Schoultz, Lars (1999): *Beneath the United States. A History of U.S. Policy Toward Latin America*, Cambridge, Mass./London: Harvard UP.
- Silva, Hélio (1972): *O ciclo de Vargas*, Bd. 3, 1930: *A revolução traída*, 2. Aufl., Rio de Janeiro: Ed. Civilização.
- Skidmore, Thomas E. (1975): "E. Prado. A Conservative Nationalist Critic of the Early Brazilian Republic, 1889-1901", in: *Luso-Brazilian Review*, 12, 2, S. 149-161.
- Skidmore, Thomas E. (1999): *Brazil. Five Centuries of Change*. New York/Oxford: Oxford UP.
- Thompson, Arthur (1934): *Guerra Civil do Brasil de 1893-1895. Vida e morte de Saldanha da Gama*, Rio de Janeiro: Ravaro.
- Topik, Steven (2002): "The Hollow State: The Effects of the World Market on State-Building in Brazil in the Nineteenth Century", in: Dunkerley, James (Hrsg.): *Studies in the Formation of the Nation State in Latin America*, London: ILAS, S. 112-132.